

Ingo Schmidt

## **Keynesianismus, neoliberaler Staat und soziale Gegenmacht**

In seinem letzten Weltwirtschafts-Ausblick erklärte der Internationale Währungsfonds, dass zur Eindämmung der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise staatliche Ausgabenprogramme nötig seien. Diese Rehabilitierung des Keynesianismus durch das „Zentralkomitee des internationalen Monetarismus“ deutet daraufhin, dass die Bourgeoisien aller Länder nach Alternativen zum Neoliberalismus suchen. Nicht weil der Kampf subalternen Klassen sie zu Konzessionen zwingt, sondern weil die Krise ihr Vermögen bedroht. Weil das zur Sicherung der Geldzirkulation betriebene Krisenmanagement Vermögensverluste hinauszögern aber nicht verhindern kann, erwägen Wirtschaftspolitiker nun also eine Rückkehr zum Keynesianismus. Dabei stehen sie vor dem Problem, dass Vermögen nicht nur durch Liquiditätsmangel, Unternehmenszusammenbrüche und eine hierdurch ausgelöste Rezession vernichtet, sondern auch von der gegenwärtig steigenden Inflation Stück für Stück entwertet werden.

Stagnation der realen Wertschöpfung und inflationäre Aushöhlung von Kaufkraft und Vermögen gab es zuletzt in den 1970er Jahren. Im völligen Gegensatz zu aktuellen Debatten über ein Comeback des Keynesianismus schlossen sich seinerzeit immer mehr Wirtschaftspolitiker der montaristischen Auffassung an, dass keynesianisch inspirierte Ausgabenprogramme nicht zu steigender Nachfrage nach Gütern, Dienstleistungen und Arbeitskraft würde. Vielmehr stellten solche Staatsinterventionen die Dispositionsfreiheit privaten Kapitals in Frage, weshalb Unternehmen auf steigende Staatsausgaben nicht mit Investitionen und Neueinstellungen reagierten, sondern ihre ohnehin geplante Produktion zu steigenden Preisen absetzen würden. Noch schlimmer, so argumentierten die damals sehr selbstbewusst auftretenden Monetaristen, würde die Situation, wenn Arbeiter die mit steigenden Preisen einhergehenden Reallohnverluste mit der Forderung nach höheren Nominallöhnen beantworten würden. Genauer: Wenn sie aufgrund eines hohen Beschäftigungsniveaus in der Lage wären, solche Forderungen durchzusetzen. Dies war in den 1970er Jahren der Fall. Ein Unternehmer, der in jener Zeit versucht hätte, sich Lohnforderungen durch Standortverlagerung zu entziehen oder diese auch nur anzudrohen, wäre ausgelacht worden. In Ländern, die zu jener Zeit grenzüberschreitende Investitionen gestatteten, waren die Arbeitsmärkte nahezu leergefegt. Von der Elbe bis Wladiwostok erstreckte sich eine staatssozialistische No-Go-Area, mit der man

bestenfalls friedlich koexistieren aber keine über sporadischen Tauschhandel hinausgehenden Geschäfte machen konnte. Rohstoffexportierende Länder, allen voran die OPEC, bastelten an einer abgestimmten Kontrolle ihrer Ausfuhrmengen, um auf diese Weise höhere Preise und steigende Exporterlöse zu Lasten der kapitalistischen Metropolen durchzusetzen. Anstatt von Lohnforderungen geplagten Unternehmen kostengünstige Standortalternativen zu bieten, erhöhten solche Rohstoffkartelle den inflationären Druck noch zusätzlich. Die Schlussfolgerungen aus dieser Analyse waren eindeutig: Aufgabe keynesianischer Ausgabenpolitik, Einschränkung der Verhandlungsmacht von Arbeitern in den Metropolen, Öffnung der sozialistischen Länder für privates Kapital und Zerstörung der Rohstoffkartelle in der Peripherie.

Seit immer mehr Regierungen, angeführt von Thatcher und Reagan, ihre Politik an solchen Ideen ausrichteten, schien der Monetarismus einen Sieg nach dem anderen zu erringen. Steigende Arbeitslosenzahlen und die Öffnung bislang für Auslandsinvestitionen verschlossener Länder sorgten für ein billiges Angebot an Arbeitskräften und Rohstoffen. Die gute Investitionslaune von Unternehmern und Geldvermögensbesitzern steigerte sich bis zum Glauben an eine grenzenlos wachsende New Economy. Dennoch auftretende Krisen wurden als Folge politischer Eingriffe ins Marktgeschehen ausgegeben. Bis zum vollständigen Absterben des Staates in der Weltmarktwirtschaft, so mögen sich monetaristische Pfiffikusse gedacht haben, kann er wenigstens als Sündenbock erhalten und die Notwendigkeit einer weiteren Zurückdrängung staatlicher Eingriffe illustrieren.

Zwei Dinge sind dem monetaristischen Zeitgeist, dem auch viele Linke klagend erlegen sind anstatt an seiner kritischen Aufhebung mitzuarbeiten, allerdings entgangen. Erstens ist der Keynesianismus niemals vollständig durch den Monetarismus abgelöst worden. Zweitens ist letzterer kein Übergangsprogramm vom staatlich organisierten Kapitalismus zur globalen Marktwirtschaft sondern eine Ideologie zur Rechtfertigung des neoliberalen Staates.

Wie andere wirkungsmächtige Ideologien zuvor hatte der Monetarismus einen kurzen Moment der praktischen Anwendung, dessen langfristigen Folgen nicht mehr mit dieser Praxis zu tun haben, aber in deren Namen ideologisch bemäntelt werden. Dieser Moment ist als Volcker Schock bekannt und dauerte von 1979 bis 1982. Die vom damaligen US-Zentralbankpräsidenten Volcker initiierte Verknappung des Geldangebotes führte zu einer Explosion des weltweiten Zinsniveaus. Da der Dollar nicht nur US- sondern auch Weltreservewährung war, zogen steigende Dollarzinsen das Zinsniveau überall auf der kapitalistischen Welt in die Höhe. Dadurch kam es zu einer Schuldenkrise, von der

gegenüber dem Ausland verschuldete Staaten ebenso betroffen waren wie gegenüber privaten Haushalten in der Kreide stehende Unternehmen und öffentliche Haushalte. Die privaten Investitions- und öffentlichen Ausgabenkürzungen, die diese Schuldenkrise zur Folge hatte, waren gewollt. Sofern sie zu Arbeitslosigkeit und sinkenden Lohnersatzleistungen in den Metropolen führten, konnten die individuelle und kollektive Verhandlungsmacht von Arbeitern gebrochen oder zumindest eingeschränkt werden. Sofern sie Peripheriestaaten in die Zahlungsunfähigkeit trieb, konnte der IWF mit Beistandskrediten samt der daran geknüpften Bedingungen zur Marktöffnung einspringen. Von einer solchen Stabilisierungskrise erwarteten sich monetaristische Ökonomen und von ihnen inspirierte Politiker eine Verschiebung der Machtverhältnisse von Peripheriestaaten und Arbeiterklassen in den Metropolen zu den Unternehmern Geldvermögensbesitzern. Was sie keinesfalls wünschten, waren ein Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems und eine den 1930er Jahren vergleichbare Depression. In den frühen 1980er Jahren war die Erinnerung an das „rote Jahrzehnt“ noch so frisch und verbreitet, dass ein wirtschaftlicher Zusammenbruch statt einer Zurückdrängung von Arbeiterbewegungen und nationalen Befreiungsbewegungen deren Radikalisierung hätte bewirken können. Eine solche Entwicklung konnte durch die Beendigung des monetaristischen Moments und das Wiederaufnehmen des in den Jahrzehnten davor betriebenen Keynesianismus verhindert werden. 1982 lockerte die US-Zentralbank ihre Geldpolitik und der gerade gewählte US-Präsident Reagan machte mit enormen Ausgabensteigerungen den US-Staatshaushalt zur globalen Konjunkturlokomotive. Seither wurde jeder Krise mit einer Politik des billigen Geldes und staatlichen Ausgabensteigerungen begegnet.

Nur die Haushaltspolitik Bill Clintons passt nicht ohne weiteres ins dieses Bild eines „permanenten Keynesianismus“. Clinton trat sein Amt 1993 nach einer gerade, wiederum mit Hilfe von steigenden Staatsausgaben überwundenen, Krise an und machte sich im Gegensatz zu seinen republikanischen Amtsvorgängern Reagan und Bush sen. sofort entschlossen an die Sanierung des Staatshaushalts. Diese Austeritätspolitik bedeutete jedoch keine grundsätzliche Abkehr vom Keynesianismus, sondern eine Verschiebung von staatlichen Ausgabenprogrammen zu einer Art Börsenkeynesianismus (R. Brenner). Keynes' zentrales Anliegen waren ja nicht die Staatsausgaben, sondern die Ankurbelung der Nachfrage unter Bedingungen dauerhafter Depressionsgefahr. Nach einer Phase der Industrialisierung, in welcher der Konsum zu Gunsten von Investition und Ersparnis eingeschränkt werden musste, treten Länder gemäß Keynes' Überlegungen in eine Reifephase ein, in welcher Unternehmen die gesamten verfügbaren Ersparnisse nicht

mehr zur Finanzierung von Investitionen und hierdurch fortgesetzter Industrialisierung benötigen würden. Deshalb käme es zu überschüssiger Ersparnis, gesamtwirtschaftlichem Nachfragemangel und Stagnation. Die entscheidende wirtschaftspolitische Schlussfolgerung aus dieser Diagnose zielt auf Nutzbarmachung dieser Ersparnisüberschüsse. Staatliche Ausgabenprogramme sind eine Möglichkeit, um dieses Ziel zu erreichen. Die politisch beförderte „Verflüssigung“ der Ersparnisse privater Haushalte in laufende Konsumausgaben ist eine andere.

Der Volcker-Schock zu Beginn der 1980er Jahre hatte die Sparquote auf einen Höchstwert von 12% getrieben. Wer seinen Job nicht gerade verloren hatte, legte angesichts von Rezession und sprunghaft steigender Arbeitslosigkeit lieber ein paar Notgroschen zurück als das gesamte Einkommen in die nächste Shopping Mall zu tragen. Hohe Zinsen halfen dabei, den ungeliebten Konsumverzicht zu versüßen. Das Ende des monetaristischen Moments leitete einen Rückgang von Zinsen und Sparquote ein. Letztere stabilisierte sich Ende der 1980er Jahre bei Werten um die 8% und trat beginnend mit Clintons New Economy ihre Talfahrt in Richtung 0% an. Möglich wurde der mit diesem „Entsparen“ verbundene Kaufrausch, weil steigende Börsenkurse, die ihrerseits durch billiges Zentralbankgeld, laxer Börsenaufsicht und die Euphorie über den Zusammenbruch des sowjetischen Bollwerks gegen freien Kapitalverkehr angestachelt wurden, eine gigantische Vermögensillusion produzierten. Vielen Haushalten war gar nicht bewusst, dass sie ihre Ersparnis, die insofern „real“ waren, als sie jederzeit in Kaufkraft umgewandelt werden konnten, zunehmend in fiktiven Vermögenswerten anlegten. Da sie annahmen, dass diese „Vermögensversprechen“ bei Bedarf ebenso in Bares umgewandelt werden könnten, wie Geld vom Sparbuch abgehoben werden kann und darüber hinaus auf Spekulationsgewinne und Dividenden hofften, wurde in den USA schließlich soviel für den Konsum ausgegeben, dass Investitionen vollständig durch Kapitalimporte aus dem Ausland finanziert werden mussten. Dass die Hoffnungen auf kräftig sprudelnde Dividendenzahlungen empirisch nicht begründet waren, zeigen gleichzeitig mit dem Börsenboom steigende Kurs-Gewinn-Verhältnisse (KGVs). Diese geben an, wie viel Dollar über den Börsentresen gereicht werden müssen, um einen Dollar Gewinn einstecken zu können. Steigende KGVs deuten deshalb darauf hin, dass die mit jedem investierten Dollar zu erzielende Rendite abnimmt. Kurz vor Ende der New Economy-Spekulation wurden Höchstwerte erreicht, die schließlich auch wild entschlossene Anleger zur Raison brachten. Nachdem die New Economy ihren Glanz verloren hat, verschob sich die Produktion von Vermögensillusionen und hierauf beruhender positiver Konsumneigung auf den Immobilienmarkt. Da die Sparquote im

Jahr 2005 bereits bei 0,5% angekommen war, also kaum noch Ersparnisse in zusätzliche Konsumausgaben umgewandelt werden konnten, haben unter Bush jun. die Bedeutung der Staatsausgaben zur Wirtschaftsstabilisierung wieder an Bedeutung gewonnen.

Angesichts einer Staatsquote von gegenwärtig 36%, auch unter dem Haushaltssanierer Clinton wurde ein Wert von 33% nicht unterschritten, ist auch die These, monetaristische Wirtschaftspolitik würde zu einem schlanken Staat führen, empirisch schwer begründbar. Deshalb ist die Frage nach einer Wiederkehr des Staates ebenso gegenstandslos wie die vielfach in einem Atemzug angestellten Spekulationen über ein Comeback des Keynesianismus. Nachdem die monetaristische Episode zu Beginn der 1980er zu einer Verschiebung der sozialen Kräfteverhältnisse zugunsten der um die USA gescharten Bourgeoisien dieser Welt geführt hatte, wurde nicht das über Jahrzehnte keynesianische Nachfragemanagement, bereichert um die Variante des Börsenkeynesianismus, wieder aufgenommen, sondern auch der seit den 1930er Jahren massiv erweiterte Staatsapparat fröhlich genutzt, um die verteilungspolitischen Geländegewinne, die der monetaristische Blitzkrieg erringen konnte, abzusichern und auszubauen. Begünstigt wurde dieses Wirken des neoliberalen Staates durch eine Linke, die sich erst gefragt hat ob sie „postnationale Konstellation“ (J. Habermas) und „Postkeynesianismus“ (G. Therborn, C. Buci-Glucksmann) als Ende sozialen Ausgleichs bedauern oder als Voraussetzung „echter“ Emanzipation begrüßen soll. Auch die umgekehrte Frage, ob wir gegenwärtig eine Wiederkehr von Staat und Keynesianismus erleben und wie diese einzuschätzen sei, trägt nicht zum Aufbau sozialer Gegenmacht bei. Der lange mit Sozialstaat und Sozialdemokratie identifizierte Keynesianismus hat sich als anpassungsfähig genug erwiesen, um in den neoliberalen Staat „eingebaut“ zu werden. Anstelle der Frage nach Staat und Keynesianismus „an und für sich“ sollte die Linke sich darüber verständigen, ob ein sozialstaatliches Keynes-Update möglich ist, wie dieses ggf. gegen monetaristische Blitzkriege zu verteidigen ist und ob zur Absicherung sozialer Errungenschaften über sozialdemokratische Klassenkompromisse hinausgegangen werden muss. Einer Überlegung wert ist schließlich auch das internationale Staatensystem, dass so gestaltet werden muss, dass Arbeiter in den Metropolen und subalterne Klassen in der Peripherie nicht gegeneinander ausgespielt werden können.